

Übernahme einer Sprechrolle nicht zuzustimmen, hat Gelegenheit, in kühnen Rollen den Aufführungen wertvolle Dienste zu leisten. Wärdigen noch recht viele junge und ältere Herren sich der guten Sache zur Verfügung stellen!

— Die Dresdner Orientierungsschulen-Gesellschaft, die an verschiedenen sehr belebten Punkten Dresdens sogenannte Orientierungsschulen errichtet hat, ist in halbjährlichen Berichten, die einige dieser Schulen sind vom Dresdner Ratshauskommissionen — gepfändet worden. Die Schulen enthalten Mitteilungen für das Publikum über Theater, Konzerte und sonstige Vergnügungen, ferner Inserate von Restaurants, Ankündigungen von möblierten Zimmern usw. Die Geschäfte der Gesellschaft scheinen jedoch nicht sehr gut gegangen zu sein, denn die Schulen wurden verhältnismäßig wenig besucht. Bei der Schule am Hauptbahnhof ist der Plandruckvermerk nicht gerade sehr distinkt angebracht, denn den aus dem Hauptportale tretenden Reisenden fällt sofort das mit großen Buchstaben gedruckte Wort „Gepfändet“ und das gelbe Ratshauszeichen auf.

— Die ordentliche Hauptversammlung des Vereins zur Begründung und Unterhaltung von Volksbibliotheken für Lungenkranke im Königreiche Sachsen findet Sonntag den 8. Juli nachmittags 4 1/2 Uhr in der Aula des Gymnasiums in Bismarckstr. 10. Vorher wird Geh. Rat Prof. Dr. Fiedler aus Dresden einen Vortrag über die Fürsorge für die Tuberkulösen in den verschiedenen Stadien der Krankheit halten.

— Der Königl. Sächsische Militärverein „Deutsche Kavallerie“ zu Dresden bezieht Sonntag den 1. und Montag den 2. Juli die Jubelfeier seines 25jährigen Bestehens. Aus diesem Anlaß hat der Schriftführer S. Richter einen Festbericht herausgegeben, in dem er einen Ueberblick über die wichtigsten Vorkommnisse des bisherigen Vereinslebens und die Erfolge der Vereinsstätigkeit gibt, aus dem hervorgeht, daß der Verein die Pflichten eines Militärvereins getreulich erfüllt, die Pflichten der Treue und Liebe zu Kaiser und Reich, König und Vaterland, Pflege echter Kameradschaft, Freundschaft und Geselligkeit geübt und billigschätzlichen Kameraden und deren Witwen und Waisen nach Kräften Unterstützung gewährt hat.

— Die Kameraden der sächsischen Armee von 1866 unternehmen am 2. Juli, wie gemeldet, eine gemeinsame Fahrt nach Königgrätz. Näheres findet man in einem Inserat in der vorliegenden Nummer anderer Blätter.

— Die Musik findet heute Sonntag vormittags 11 1/2 Uhr auf der Brühlischen Terrasse statt. Dabei spielt die Kapelle des Schützen-Regiments (Stabskapelle) folgende Stücke: „Durch Nacht zum Licht“, „March von Lauten“, „Quartett zur Oper „William und Baucis“, von Gounod; „Hoch über den Sternen“, Lied von Jüngst; „Ein Immortellenlied für König Albert“, Tongemälde von Desterreich; „Einzug der Götter in Walhalla“, aus dem Musikdrama „Nibelungen“, von Rich. Wagner; „An der schönen blauen Donau“, Walzer von J. Strauß.

— Der Lehmann-Osten-Chor unternimmt kommenden Mittwoch einen Ausflug nach Kurhaus Friedewald im Königgrätz. Aus dem letzten erschienenen Verzeichnis der positiven Mitglieder ist ersichtlich, daß der Verein einen bedeutenden Aufschwung genommen hat; er zählt zurzeit 350 aktive und passive und 10 Ehrenmitglieder. Interessenten erhalten die Gesänge kostenlos durch die Schriftleitung (Walpurgisstraße).

— Der Verein Leipziger Gastwirte beschloß einstimmig, bei Eintritt der Erhöhung der Bierpreise von Seiten der Brauereien gleichfalls einstimmig eine Erhöhung der Bierpreise in seinen Lokalen vorzunehmen.

— Die Stadtvertretung in Grünhain hat beschlossen, die Übernahme der Müllabfuhr in städtische Verwaltung abzulehnen, doch bewilligt man den bisher gewährten Zuschuß aus der Stadtkasse auch für fernherhin. Ferner hofft man auf weitere definitive Unterstützung vom Ministerium, zumal Herr Gewerbeschul-Inspektor Jäger-Rudolph, der vom königlichen Ministerium des Innern mit der Aufsicht über die Müllabfuhr beauftragt, am Mittwoch die Müllabfuhr besuchte, nach eingehender Besichtigung der Arbeiten sich in höchst anerkennender Weise über die Leistungen der Schule aussprach und die Versicherung gab, die horige Schule dem Ministerium zu weiterer Pflege und Unterstützung warm zu empfehlen.

#### Aus den amtlichen Bekanntmachungen.

Es ist wiederholt vorgelassen, daß Kolläden, die zum Verkauf der Ladentüren und Schaufenster dienen, infolge Verfalls oder Verlangens des Inhabers oder aus anderen Gründen plötzlich herabgefallen sind und dadurch Personen erheblich verletzt worden sind. Im öffentlichen Interesse richtet das Wohlfahrtsamt deshalb an die Inhaber von Ladentüren, die mit solchen Vorrichtungen versehen sind, die Aufforderung, die Beschaffenheit der zur Auf- und Abwärtsbewegung der Kolläden dienenden Vorrichtungen öfters auf ihre Sicherheit und Haltbarkeit prüfen und etwa dabei gefundene Mängel abstellen zu lassen.

Die Steinsetzarbeiten bei Herstellung der gepflasterten Straße im inneren Hofe des Administrationsgebäudes zu Dresden-Altstadt sollen am 7. Juli vorm. 10 Uhr öffentlich vergeben werden. Bedingungenunterlagen liegen im Militär-Bauamt IV, Dresden-Altstadt, Verwaltungsgebäude der Militär-Arztanstalt, 1. Obergeschoss, Zimmer 30, zur Einsicht aus.

Infolge anderweitiger Wahl zum Bürgermeister ist die Stelle des Gemeindevorstandes und Standesbeamten in Tschelheim i. Erg. am 1. Oktober 1906 mit einem Gehalt von 3000 M. neu zu besetzen. Bewerber haben ihre Gesuche bis 10. Juli einzureichen.

Am 2. Juli werden die neuen Güterverkehrsanlagen des Bahnhofes Postappel im gesamten Umfang des öffentlichen Straßen-, Wagenladungs- und Viehverkehrs übergeben und die bisherigen Güterverkehrsanlagen für den öffentlichen Verkehr geschlossen. Die Zufahrt zu den neuen Güterverkehrsanlagen hat von der Postappel- und Saueröder Staatsstraße aus zu erfolgen.

### Geheimverhandlungen über den Generalstreik in Deutschland.

Von geheimen Verhandlungen über den Generalstreik in Deutschland berichten einige Blätter auf Grund von Veröffentlichungen des Organs der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften. Danach soll der Abgeordnete Hebel bei einer Konferenz der Zentralverbandsvorstände im Berliner Gewerkschaftshaus folgende Vorschläge gemacht haben: 1. Der Parteivorstand hat nicht die Aufsicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen. 2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müßte derselbe von der Partei geführt werden und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen. 3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen. 4. Ebenso dürfte die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen die Bewegung wirken. 5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müßte Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müßten unter Mitwirkung aller „Genossen“, eventuell durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden. 6. Wenn Ausperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, so wäre zu empfehlen, daß die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.

Die Vertreter der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften erklären nun: Entweder ist dann die deutsche Arbeiterchaft auf dem Venar Parteitag schon erkrankt worden, oder die Macht der Generalkommission, indem auf dem Wiener Gewerkschaftskongress, betreffend den Massenstreik, ist so groß, daß nachträglich Parteibeschlüsse illusorisch gemacht und die deutschen Arbeiter täuscht werden können. Unterzeichnete Organisationsleiter erklären demgegenüber auf das nachdrücklichste, unbestimmt um jene geheimen Abmachungen, die Propaganda des General- resp. Massenstreiks, wie dies im Programm der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften niedergelegt ist, weiter eifrig zu betreiben und halten es für ihre Pflicht, wie bisher, so auch ferner das Proletariat bei jeder Gelegenheit auf die Bedeutung jenes wirtschaftlichen Kampfmittels hinzuweisen.

Der Vertreter des Maurer-Verbandes Silberschmidt, Berlin berichtet darüber folgendes: Hebel habe erklärt, in Deutschland seien die Verhältnisse so und besonders in Preußen,

daß eine glückliche Lösung des politischen Massenstreiks nicht ausmüßig sei. Es sei daher der Parteivorstand auch schon in der letzten Zeit allen beratigen Versuchen, einen Streik in Szene zu legen, entgegengetreten, so in Sachsen, ebenso in Danzow und Preußen, von wo bestimmte Vorschläge kamen, und insbesondere in Berlin. Es sei Auffassung des Parteivorstandes, daß nach Möglichkeit der Misenerung eines politischen Massenstreiks entgegen zu wirken sei. Sollte aber aus irgend einem Grunde plötzlich dennoch ein solcher Streik ausbrechen, oder nicht zu verhindern sein, dann lege er voraus, daß sich die Gewerkschaften an einem solchen politischen Massenstreik offiziell nicht beteiligen, sondern, daß er Sache der Partei bleibe, daß also die Partei den politischen Massenstreik zu führen habe; selbstverständlich dürften ihr die Gewerkschaftsmitglieder nicht hindernd in den Weg treten, das heißt, es dürfte nicht offiziell Stellung dagegen genommen werden, sondern die „Genossen“ müßten, wie es die Taktik und die Disziplin erfordere, für die glückliche Durchführung eines solchen Streiks sorgen. Weiter lese er voraus, daß, falls der Streik unvermeidlich sein sollte, aus Gründen, die aus den gegebenen Verhältnissen herauswachsen, auch die gewerkschaftliche Presse nicht entgegenwirkt. Später haben wir diese Frage klar gestellt und gefragt, ob die Meinung vorhanden sei, daß die gewerkschaftliche Presse vor dem vielleicht ausbrechenden politischen Massenstreik ihre freie Ansicht nicht äußern dürfe. Es wurde geantwortet, daß sowohl die Gewerkschaftspresse als auch die Parteipresse vollständig frei seien und lediglich aus Gründen der Disziplin im Augenblicke des Ausbruchs und während des Kampfes nicht dagegen Stellung nehmen sollten. Weiter acht die Ansicht von Hebel dahin, daß, falls ein solcher Streik ausbricht, seine Unterdrückung und seine Folgen lediglich Sache der Partei sein sollen.

## Zum Vierteljahrswechsel.

Die unausgesetzt gesteigerten Anforderungen des modernen Kulturlebens, die Wichtigkeit der Ereignisse auf allen Gebieten der inneren und äusseren Politik, des Handels, der Industrie und des Gewerbes, das ausserordentlich erhöhte Lesebedürfnis aller Kreise des Volkes rechtfertigen allerwärts das Verlangen nach

einer stets auf das Beste unterrichteten Tageszeitung.

Diesen Erfordernissen kann aber kein anderes Dresdner Blatt in gleichem Masse entsprechen, wie die „Dresdner Nachrichten“ infolge ihres

zweimaligen Erscheinens morgens und abends

in Dresden und den Vororten.

Mit dieser Schnelligkeit der Berichterstattung über alle wichtigen, allgemein interessierenden Vorgänge verbinden die „Dresdner Nachrichten“ die grösste Vielseitigkeit des Lesestoffes in präziser Form und so bietet sich in ihnen eine in jeder Beziehung von frischem Geist getragene Tageslektüre, die angesichts des billigen Bezugspreises

(vierteljährlich 2.50 Mk. in Dresden bez. 3 Mk. u. 3.25 Mk. in den Vororten — einschliesslich Trägerlohn) an Preiswürdigkeit von keinem Dresdner Blatte übertroffen wird.

#### Neue Abonnenten

erhalten das Blatt vom Tage der Bestellung bis Ende des Monats kostenfrei.

### Tagesgeschichte.

#### Fahrkartenstempel und Personentarifreform.

Daß der Fahrkartenstempel zwar gegenüber dem anfänglich drohenden Kilometerzuschlag das geringere Uebel ist, aber immer noch sehr vom Uebel ist, und daß seine Annahme nur dadurch gerechtfertigt wird, daß dank der einseitigen Wahl- und Populärpolitik des Reichstags nur durch dieses Opfer das Aufnahmestadium der Reichsfinanzreform überhaupt zu ermöglichen war, ist nun wiederholt dargelegt worden. Neuerdings weist die „Schleier-Bl.“ mit Recht darauf hin, wie stark die Einführung des Fahrkartenstempels die Wirkung der geplanten Personentarifreform beeinträchtigt. Insbesondere gemaht die Aufhebung der Raddarfstrecken und der Schnellzugzuschlag dadurch für das reisende Publikum eine ganz andere, und zwar sehr unvorteilhafte Bedeutung, als durch sie in den meisten Fällen eine Erhöhung des Fahrkartenstempels bedingt wird. Mit der ganzen Personentarifreform insoweit die Aufhebung des Preisgebots und des Schnellzugzuschlages für einen großen Teil des Reiseverkehrs ohnehin schon von mehr als unannehmlichem Werte, so gestaltet sie sich, soweit dadurch eine merkbare Erhöhung des Kilometerstempels bedingt wird, in vielen Fällen zu einer empfindlichen Belastung des Reiseverkehrs. Hieraus erhebt sich die Frage, ob die Fahrkartenstempel in ihrer jetzigen Form einen Ersatz für die Tarifhöhe und eine Stärkung der Tarifpolitik der Bundesstaaten mit Eisenbahnverwaltungen bedeutet. Sodann aber wird sich allerdings die Frage auf, ob die Personentarifreform, deren Grundzüge festgehalten wurden, bevor der Fahrkartenstempel in Sicht war, noch dessen Einführung unwirksam zur Durchführung gelangen kann, oder ob nicht vielmehr Änderungen einzutreten haben werden, durch die einer Mehrbelastung des Reiseverkehrs durch den Fahrkartenstempel vorgebeugt wird. Es wäre unannehmlich recht unbedeutend, wenn durch solche Nachprüfungen die mühsam erzielte Verhältnisse zwischen den verschiedenen deutschen Staatsbahnenwirtschäften wieder in Frage gestellt werden sollte. Aber wichtiger ist doch, daß die Personentarifreform in einer sachlich einwandfreien Gestalt ins Leben tritt und nicht neben manchen unannehmlichen Ursachen zur Unzufriedenheit auch noch solche hervorruft, die bei nochmaliger Nachprüfung zu vermeiden sein würden.

#### Ueber eine Bewegung des Kaisers mit dem Zaren

bringen die französischen Zeitungen bereits zahlreiche Verrätherungen, in denen natürlich ein gewisses Mißtrauen, wenn auch nicht offenes Uebelwollen, hervortritt. Im allgemeinen geben sie sich den Anschein, als lägen sie in diesem Ereignisse, das sie schon als sicher erachtet, eine neue Wirtchaft für die Sicherung des Weltfriedens und die Befestigung der nationalen Beziehungen, so daß auch Frankreichs Interesse dabei gewahrt würde. Ueber die Gerüchte bezüglich der Kaiserbewegung an sich findet man ebenfalls interessante Mitteilungen. So will das „Echo de Paris“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Bewegung demnach auf der Insel Helgoland an der Einfahrt zum Finnischen Meerbusen statt-

finden werde. Alle bezüglichen Vorkerungen hierfür seien bereits auf Petersburger Anordnung erfolgt. Ferner meldet der Berliner Korrespondent des „Zeitungsverkehrs“: Eine offizielle Persönlichkeit, die sich nach Kiel zu den Sportleuten begibt, sagte mir: Die Nachricht von einer Zusammenkunft nimmt jeden Tag eine neue Form an. In ihrer ersten war sie durchaus unzutreffend, heute ist sie schon plausibler. In einigen Tagen wird sich der Wahrheit noch mehr nähern. Undes glaube ich, daß man das jetzt für sie angegebene Datum, Ende Juli, mit großer Vorsicht aufnehmen muß. Es könnte nämlich der Fall eintreten, daß der Kaiser um diese Zeit von seiner Reise nach Norwegen noch nicht zurückgekehrt ist. Nur das darf ich hervorheben, daß diese Zusammenkunft, die jetzt noch von so vielen Umständen abhängt, in der Natur der Verhältnisse liegt. Andererseits erlaube ich, daß im Falle der Bewirkung dieses Zusammenstehens, an das ich absolut glaube, Fürst Hilow zeitweilig aus Norden herüberkommen wird, um dieser Begegnung beizumohnen, da der Zar von Herrn v. Szwolsky begleitet sein wird.

Deutsches Reich. Von der Bismarck-Sonnenwendfeier in Hamburg landten die beim Festkommers anwesenden Studenten und Alten Herren folgendes Telegramm an den Kaiser: Ew. Majestät erlauben die zur Bismarckfeier in Hamburg versammelten Studenten und Alten Herren vaterländischen Grußbeweisungen. Die deutsche Studentenschaft. Von der ebenfalls zu einem Sommerfeier-Kommers versammelten Reichs- und Provinzial-Studentenschaft war im Verlaufe des Abends ein Telegramm eingegangen, in dem die Freiburger Studenten der in Hamburg versammelten deutschen Studentenschaft ihren Gruß entboten. Das Verlesenen des Telegramms wurde mit demselben Beifallsgetöse begrüßt.

In der nächsten Woche wird eine Denkschrift der württembergischen Eisenbahnverwaltung zur Personentarifreform erwartet, in welcher dem Vernehmen nach die Einführung einer vierten Wagenklasse mit dem Zweifelmeter vorgeschlagen wird. Das Zentrum hat seinen ursprünglichen Antrag bez. die Einführung einer Wagenklasse mit einem Kilometerpreis von 2 Pfg. vom 1. August dieses Jahres ab dahin berichtet, daß der Fahrpreis der dritten Wagenklasse in den Personentarif und die württembergischen Staatsbahnen auf 2 Pfg. für den Kilometer festgelegt werden soll.

Am 8. hannoverschen Wahlkreise Stadt Hannover sind in den bei der vorgelassenen Reichstags-Verfassung die Sozialdemokraten im ersten Wahlgange mit etwa 1000 Stimmen absolute Mehrheit über ihre vier Gegenkandidaten gestellt. Bei außerordentlich starker Wahlbeteiligung erzielten der Sozialdemokrat Heidecker 3200 Stimmen, der Nationalliberale Senator Rink 1700, der Heide von Danneberg 1080, der Zentrumskandidat Erberger 245 und der Kandidat des Bundes der Landwirte Holger 170 Stimmen. Einige kleine Erlichaffen mit geringer Stimmenzahl fehlten noch. Der Sozialdemokrat ist also hiernach mit starker Majorität gewählt. Im Jahre 1903 sicgte der inwärtigen württembergischen Sozialdemokrat Meißner im ersten Wahlgange mit 2381 gegen 1041 nationalliberale, 9550 welfische, 297 Zentrum-, 727 freisinnige und 188 nationalsozialistische Stimmen. Etwa 18000 Wähler hatten sich an der Stimmabgabe nicht beteiligt. Die Besuche, diesmal ein Zulammengehen aller bürgerlichen Parteien wenigstens für die etwa erforderlich werdende Stichwahl vorzubereiten, scheitern zunächst Erfolg zu verzeichnen, bald aber bildeten sich zwischen den Anhängern des Zentrums und den Welfen und später auch zwischen diesen und den Nationalliberalen erste Zwischigkeiten heraus, die bereits vor der Hauptwahl dazu führten, daß die zuletzt genannten beiden Parteien sich für den Fall einer Stichwahl die gegenseitige Unterstützung abzworen. Der Wahlkreis ist seit 1881 ununterbrochen in sozialdemokratischem Besitz.

Zur Ablehnung der Farmer-Entschädigung schreibt die „Zukunft“ in ihrem Leitartikel vom 21. Mai wie folgt: „In hohem Maße ist schon dargelegt worden, was diese Entschädigung nicht nur für die einzelnen durch Verluste Betroffenen, sondern auch für das Land bedeutet, als daß man dies noch einmal ausführlich dargelegen brauchte. Das wichtigste Moment für den Wiederaufbau des Landes liegt dabei in Frage. Während 300 Millionen Mark aufgewandt werden müßten, um das Land zu halten und das Ansehen des Reiches zu wahren, wird mit 10 Millionen abgetan, ohne deren Verwendung der unmittelbare wirtschaftliche, erhebliche Schaden, zu dessen Reparierung der Aufwand jener 300 Millionen notwendig war, im wesentlichen bestehen bleibt. Der Schlüssel zum Wiederaufbau soll nicht einseitig werden. In der Tat ist es schwer, sich dazwischen zu finden. Und dann denkt man an die einzelnen Geschädigten, die im Vertrauen auf den Schutz des Reiches sich an die Arbeit hier machten; eine Arbeit, die — gerecht betrachtet — doch wohl noch ein wenig anders zu beurteilen ist, als die Arbeit, die in den gestiegenen Verhältnissen der Heimat geleistet wird; die mehr als dort den ganzen Menschen erfordert, die auch häufiger als dort den Menschen inkrant; die nicht jeder auf sich zu nehmen wagt, und die auch von denen, die es wagen, nicht alle durchzuführen vermögen; die dafür aber auch, indem sie am letzten Ende der Nation zu ante kommt, ihr hohen Nutzen bringt, höheren, als die Arbeit des Durchschnittsarbeiters in der Heimat.“

Graf Rodomonsky empfing vorgestern das Komitee des 3. internationalen Kongresses der Baumwollspinner- und Webervereinigungen, der vom 25. bis 27. Juni in Bremen tagen wird, und erkundigte sich bei den Komiteemitgliedern nach der Art der Arbeit, nach dem Angebot von Arbeitskräften, den Lohnverhältnissen usw. Er sprach schließlich die Hoffnung aus, daß es möglich sei, bald zu einer internationalen Einigung über die Arbeitszeit der Frauen in den Fabriken kommen werde. — Der „Nat.-Ztg.“ zufolge wurde das Komitee auch vom Erbprinzen von Hohenzollern empfangen, demgegenüber Kommerzienrat Groß-Augsburg die Wichtigkeit des Ausbaues der Bagdadbahn und der Bewässerung von Mesopotamien betonte, da dort ein großes Feld für Baumwollkultur vorhanden sei.

Der preussische Generalleutnant J. D. Bernhard Morsbach, dem nach den amtlichen Nachrichten der erbliche Adel verliehen worden ist, war zuletzt Kommandeur der 34. Division in Metz, 1841 geboren, hat er von Oktober 1860 bis Oktober 1900 im aktiven Dienst gestanden und einen sehr großen Teil dieser Zeit dem Generalstabe angehört. Bis 1892 war er Abteilungschef im Rebenstab des Großen Generalstabs, dann Kommandeur des Infanterie-Regiments 65, der 3. Infanterie-Brigade und von 1897 bis 1900 der 34. Division in Metz.

In einem Ueberblick über die Eisenacher Deutsche evangelische Kirchenkonferenz heißt es: Es ist hervorzuheben, daß wohl der wichtigste Gegenstand der Beratung der unansehnliche Geschäftsbereich des Deutschen evangelischen Kirchenauschusses war, dessen Wirksamkeit zumal bei der wachsenden, in zahlreichen Richtungen und Anregungen aus ganz Deutschland und auch aus dem Auslande sich kundgebenden Erkenntnis von der Bedeutung und Wichtigkeit des engeren Zusammenstehens der deutschen evangelischen Landeskirchen stetig zugenommen hat. Von besonderer Bedeutung sind folgende Punkte: 1. Hinsichtlich der kirchlichen Verjüngung der Diakone hat sich der Deutsche evangelische Kirchenauschuss unermüßlich und erfolgreich um die Gewinnung der zur wirksamen Betätigung auf diesem Gebiete unentbehrlichen Geldmittel bemüht. Der Kaiser hat dem Kirchenauschuss einen Betrag von 25 000 M. zur Schaffung eines Grundfonds übermieten, der in Verbindung mit den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen von einmaligen Kirchen- bzw. Hauskollekten in den deutschen evangelischen Landeskirchen, die in Preußen erst im Laufe dieses Jahres zur Einmalung kommen, und einigen Gaben von privater Seite die Höhe von rund 110 000 M. erreicht hat. Zur Gewinnung laufender Mittel verdient der verheißungsvoll gemachte Voranschau, allenfalls örtliche Ausschüsse oder Vereine zu bilden, ernstliche Beachtung, um dadurch zugleich in weitesten Kreisen die Teilnahme für das kirchlich und national so wichtige Werk der Auslandsfürsorge zu wecken und dauernd zu erhalten. Der Fonds für den Bau einer evangelischen Kirche in Rom beträgt zurzeit 250 000 M., und derjenige für die Erbauung von Kirchen in den deutschen Schutzgebieten nahezu 200 000 M. Die Errichtung einer Kirche in Tientsin und die Bildung einer evangelischen Missionsgemeinde mit Hilfe des letztgenannten Fonds ist gesichert; die bisher unzureichende kirchliche Verjüngung der Evangelischen in Swakobum wird in Wäbe einer besseren und regelmäßigeren weichen. 2. In Erfüllung der ihm sachgemäß